

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen die Dinge so, daß beispielsweise bei der Behandlung des Mittelschulproblems in den Organen für Volksbildung und in den Pädagogischen Räten umfangreiche Beratungen über organisatorisch-materielle Fragen, die damit im Zusammenhang stehen, stattfinden. Solche Beratungen müssen sein, aber leider berühren sie nur eine Seite der Angelegenheit, die nicht einmal die wichtigste ist. Viel entscheidender wäre es, darüber Klarheit zu gewinnen, wie die vielfach noch bestehenden Voreingenommenheiten und Unklarheiten bei Teilen der Bevölkerung über den Charakter der Mittelschule und über die Notwendigkeit der Mittelschulbildung für alle Kinder überwunden werden können. Obgleich viele Direktoren und Lehrer, viele Schulfunktionäre täglich bei ihrer Werbung für die Mittelschule auf Unverständnis stoßen, gibt es noch wenige Beispiele dafür, wie dieses Unverständnis durch überzeugende Aufklärung der Eltern überwunden wurde. Ja, sehr oft zeigt es sich, daß dieses Unverständnis und die Unterschätzung sogar bis in den engeren Wirkungsbereich der Schule vorgedrungen sind. So zeugt es von Unverständnis und von einer groben Unterschätzung, wenn Genosse Buchwald, Direktor der Grund- und Oberschule Wilsdruff, Vorsitzender der Ständigen Kommission für Volksbildung beim Kreistag Freital und Mitglied der Ständigen Kommission für Volksbildung in Wilsdruff, es versäumte, der zuständigen Volksvertretung davon Mitteilung zu machen, daß seine Schule ab 1. September 1956 Mittelschule wird. Das hatte zur Folge, daß weder die Volksvertretung, noch die Ständige Kommission für Volksbildung in Wilsdruff rechtzeitig über diese wichtige Angelegenheit beraten konnten. Damit blieben wichtige Faktoren zur Aufklärung der Bevölkerung über diese schulpolitisch notwendige Maßnahme und zur Werbung für die Mittelschule ungenutzt. Solche und ähnliche Vorkommnisse dürfen von unseren Parteiorganisationen nicht länger geduldet werden.

Was ist also zu tun? Die Parteiorganisationen müssen dafür sorgen, daß sehr schnell eine breite und individuelle Aufklärung innerhalb der demokratischen Öffentlichkeit und insbesondere innerhalb der Elternschaft erfolgt. Überall muß die Erkenntnis Raum gewinnen, daß für den weiteren Aufbau des Sozialismus Menschen mit einer höheren Bildung erforderlich sind. Dieser Aufgabe kann die bisherige achtklassige Grundschule nicht mehr gerecht werden. Der Übergang zur zehnklassigen Mittelschulbildung für alle Kinder wird damit zur Notwendigkeit. Manche Eltern bemerken, sie seien auch nur acht oder sogar noch weniger Jahre zur Schule gegangen, und trotzdem wären sie Menschen geworden, die beruflich ihren Mann stünden. Solche und ähnliche Auffassungen überwinden wir am besten, indem wir an Beispielen nach weisen, daß die unaufhörlich sich entwickelnde Technik, insbesondere die friedliche Nutzung der Atomenergie, immer höhere Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten voraussetzt. Kinder, die in diesem Jahr den Schulbesuch aufnehmen, werden im Jahre 1966 die obligatorische Mittelschule verlassen. In diesem Zeitraum wird eine gesellschaftliche, industrielle und kulturelle Entwicklung vor sich gehen, die den Stand der heutigen Wissenschaft, Technik und Kultur weit überragt. Mit dem Wissen, das unsere jetzige Grundschule vermittelt, wären die dann zu lösenden Aufgaben nicht zu bewältigen. Diese Entwicklung voraussehend, war es die Aufgabe der Partei und der verantwortlichen staatlichen Organe, eine Schulform zu finden, die den in der Zukunft bestehenden Anforderungen gerecht werden kann. Diese neue Schulform ist die Mittelschule. Sie rüstet den Schüler mit der umfassenden Allgemeinbildung, mit dem hohen Maß an Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten aus, deren er bedarf; sie erzieht den Menschen, der die höheren Aufgaben zu meistern versteht.